

Laibacher Zeitung.



Nr. 239.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 21, halbj. fl. 11. Für die Anstellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Mittwoch, 18. Oktober.

Insertionsgebühr: Für keine Inserate bis zu 4 Zeilen 25 kr., größere pr. Zeile 6 kr.; bei öfterer Wiederholungen pr. Zeile 3 kr.

1876.

Nichtamtlicher Theil.

Zur bevorstehenden Reichsraths-Session.

In der morgen in Wien beginnenden Reichsraths-Session beabsichtigt das Ministerium zwei Specialgesetze für Galizien im Reichsrathe einzubringen. Das eine, als Novelle zum Strafgesetz, betrifft die Aufhebung des Wucherpatentes für Galizien und die Einführung von Strafen für den Wucher, welcher dem Entwurfe zufolge in Galizien als Vergehen mit Arrest bis zu sechs Monaten oder in Geld bis zu 2000 Gulden geahndet werden soll. Der zweite Entwurf ist gegen die Trunksucht der Bevölkerung gerichtet. Der „Pol. Corr.“ schreibt man darüber aus Lemberg:

Die nahende Reichsraths-Session dürfte zwei sehr wichtigen Wünschen des galizischen Landtages Rechnung tragen. Wir vernehmen, daß die Regierung im Reichsrathe zwei Gesetzesentwürfe einbringen werde, welche den beiden Hauptübeln, an welchen der größte Theil des galizischen Landvolkes darniederliegt, das ist der systematisch genährten Trunksucht und der wahrhaft empörenden Wuchertirannei, zu steuern bestimmt sind. Bekanntlich wird der galizische Bauer durch den gewissenlosesten Wucher geradezu erdrückt, und die haarsträubenden Daten, welche durch den Reichsrathsabgeordneten Dr. Wydzowski auch in Wien zur Sprache gebracht wurden, beruhen leider auf der traurigsten Wahrheit. Wie wir nun aus verlässlicher Quelle erfahren, wird die Regierung im Reichsrathe eine Strafgesetznovelle für Galizien einbringen, welche die verderbliche Ausbeutung des unwissenden Creditnehmers durch Creditgeber als ein Vergehen betrachtet und dafür eine Strafe bis zu sechs Monaten oder 2000 Gulden verhängt. Auch das von dem galizischen Landtage zweimal beschlossene, von dem Landtagsabgeordneten Pater Stempel mit so jovialer und unerschrockener Beredsamkeit ohne Unterlaß an die Tagesordnung gewaltsam gezerrte Temperanzgesetz soll einmal wirklich ins Leben treten. Bekanntlich wurde das Temperanzgesetz von dem galizischen Landtage bereits vor zwei Jahren beschlossen und seine Sanctionierung in der letzten Session durch abermaligen demonstrativen Beschluß reclamirt. Es waren jedoch nicht sachliche, sondern vielmehr formelle Gründe, welche sich der Sanctionierung dieses Beschlusses entgegensetzten. Da das galizische Temperanzgesetz in vielen Fällen Strafen verhängt, so muß dasselbe als ein Strafgesetz betrachtet werden, und als solches gehört es vor die Competenz des Reichsrathes. Das Ministerium hat nun das Temperanzgesetz adoptirt und wird selbes als Regierungsvorlage auf den Tisch des Hauses bringen.

Nachstehend lassen wir eine Skizze des Bequartierungsgesetzes folgen, welches dem „Hon“ zufolge gleichfalls noch in dieser Session den Legislativen vorgelegt werden soll. Nach Angabe des genannten Blattes handelt das erste Kapitel in 20 Paragraphen von den allgemeinen Bestimmungen; dasselbe definiert die ständige und zeitweilige, die Gesamt- und Einzelbequartierung, die instructionsmäßige und die Nothkasernen, das Cantinenwesen und dergleichen. Das zweite Kapitel normirt in 17 Paragraphen die ständige Bequartierung und verfährt namentlich bezüglich der Friedensdislocation und Veränderungen derselben, daß alle hierauf bezugnehmenden Maßnahmen der Militärbehörde im Einvernehmen mit dem Landesvertheidigungs-Ministerium zu treffen sind. Es definiert ferner die Ansprüche der Mannschaft und der Offiziere, die Miethzinsen werden von fünf zu fünf Jahren festgestellt und die Gemeinden demgemäß classificirt werden. Die Zahl der Klassen ist noch nicht festgesetzt, da die von den beiden Regierungen und den betreffenden gemeinsamen Ministerien entsendete gemischte Commission das Classificirungs-Elaborat noch nicht beendet hat. Da ein Hauptzweck des Gesetzes ist, die Lust zum Kasernenbau zu fördern, so wird der Schlafkreuzer für Bequartierung in Privathäusern nicht aufgebessert, dagegen werden in instructionsmäßigen Kasernen für Kopf und Tag 6 kr., in Schemal- oder Nothkasernen 3 1/2, für Pferde dort 3 7/10, da 2 2/10 kr. gezahlt und wird die obige Vergütung bei Neubauten für 20, bei Umbauten für 15 Jahre garantiert; auch hat die Militärbehörde den durch die Truppe verursachten Schaden zu ersetzen. Das dritte Kapitel enthält in 18 Paragraphen die Bestimmungen bezüglich der zeitweiligen oder Durchzugsbequartierung. Es werden die Etappenstraßen und engere und weitere Einquartierungszonen durch das Kriegs- und Landesvertheidigungs-Ministerium und durch die betreffenden Behörden normirt werden; die Vergütung wird dem Classi-

fications-scheine gemäß geleistet werden. Das vierte Kapitel umfaßt in zwei Paragraphen die Verfügungen bezüglich der Exercierplätze, Reitschulen, Schwimmschulen u. s. w., und bezüglich der Entschädigungen, welche nach den Waffentübungen und Concentrirungen für verursachten Schaden zu leisten sind. Die fünf letzten Paragraphen des Gesetzes enthalten die Uebergangs- und Durchführungsbestimmungen.

Was die äußere Physiognomie des neu zusammen tretenden Hauses betrifft, so wird, so wie das Herrenhaus infolge von Ernennungen neuer Pairs, auch das Abgeordnetenhaus infolge von Mandatsniederlegungen und die hiedurch bedingten Neuwahlen einige Veränderungen aufweisen. Seit der letzten Vertagung des Parlaments sind aus den Reihen der Mitglieder des Abgeordnetenhauses folgende Herren geschieden: Franz Suida, Josef Breuer, Eduard Ritter v. Gniwosz, Emil Ritter v. Torosiewicz, Leonhard Ritter v. Wezyl (gestorben), Christoph Graf Spiegel (gestorben), Jakob Szj, Dr. Alois Ritter v. Egger, Alexander Freiherr v. Petrino, Dr. Johann Bazant, Michael Grüber, Dr. Karl Ritter v. Porenta und Josef Michael Teuschl. Bei den bisher vorgenommenen Ersatzwahlen wurden zu Abgeordneten gewählt die Herren: Dr. Alexander Pez (reichsberger Handelskammer), Bodnyeki (lemberger Handelskammer) Dr. Peter Groß und v. Haller (Galizien, Großgrundbesitz), Ackerbauminister Graf Wiansfeld (Niederösterreich, Großgrundbesitz), Dr. Julius Wagg (grazer Handelskammer), Morisch (Kärnten, Städtebezirk Villach), Barowsky (Mähren, Städtebezirk Znaim), Budig (Mähren, Städtebezirk Mährisch Trübau), Dr. Paul Ritter v. Wittmann (Triest, erster Wahlkörper) und J. M. Teuschl (triester Handelskammer, wiedergewählt). Von den dreizehn zur Erledigung gelangten Mandaten sind demnach elf bereits wieder besetzt. An Stelle der Herren Ritter v. Gniwosz (Galizien, Landgemeinden) und Baron Petrino (Bukowina, Großgrundbesitz) sind die erforderlichen Neuwahlen noch vorzunehmen.

Vertrauensfindung.

Bekanntlich haben einige Wähler des steirischen Reichsrathswahlbezirkles Leibnitz vor mehreren Monaten ihren Reichsrathsabgeordneten, Sr. Excellenz den Herrn Unterrichtsminister Dr. v. Stremayr aufgefordert, sich seinen Wählern vorzustellen und denselben genaue Mittheilungen über die von der Regierung, deren Mitglied Dr. v. Stremayr ist, mit der ungarischen Regierung getroffenen Ausgleichs-Stipulationen zu machen. Weil Dr. v. Stremayr dies, wie natürlich, ablehnte, haben dieselben Wähler, deren Zahl wol kaum eine bedeutende sein wird, den Abgeordneten aufgefordert, sein Mandat niederzulegen, wobei sie erklärten, daß sie die bedeutenden Verdienste Dr. v. Stremayrs dennoch anerkennen. Diese Agitation rief indessen sofort eine sehr energische Gegenströmung im Wahlbezirk hervor. Ein großer Theil der Wähler, welche das Ungerechte jenes Schrittes einsahen, war augenblicklich bereit, eine Vertrauensadresse an Dr. v. Stremayr zu unterschreiben. Diese Adresse trägt bereits 403 Unterschriften von Wählern, während das von anderer Seite colportirte Misstrauensvotum nicht die halb so große Zahl von Unterschriften aufzuweisen hat. Interessant ist auch das Factum, daß hochgebildete und angesehenen Wähler, welche im Jahre 1873 gegen Stremayr stimmten, die Vertrauensadresse unterschrieben. Die an Sr. Excellenz bereits abgegangene Adresse lautet einer Mittheilung der „N. fr. Pr.“ zufolge:

Eure Excellenz, hochgeehrter Herr Minister!
Mit Bedauern haben wir Kenntnis genommen, daß ein Theil der Wähler, sicherlich jener, der schon im Jahre 1873 bei Ihrer Erwählung zum Reichsrathsabgeordneten in der Opposition erfolglos gestanden, Sie aufgefordert habe, das empfangene Mandat niederzulegen, weil Sie es ablehnten, derzeit über die mit der jenseitigen Reichshälfte von der Regierung im Auftrage des hohen Abgeordnetenhauses getroffenen Ausgleichs-Stipulationen Ihren Wählern eingehende Mittheilungen zu machen und deren Willensmeinung als einzige Richtschnur Ihres künftigen Verhaltens hinzunehmen.

Könnten wir uns nicht bestimmt finden, einem solchen Begehren beizutreten, weil wir einsahen, daß die Regierung, deren Mitglied Sie sind, vor allem dem Reichsrathe über die getroffenen Vereinbarungen verantwortlich ist, so können wir es nur tadeln, daß Eure Excellenz deshalb, weil Sie das Amtsgeheimnis zu verletzen sich weigerten, zur Mandatsniederlegung aufgefordert wurden.

Die vielen Verdienste, die sich Eure Excellenz in Ihrer früheren und in Ihrer jetzigen Stellung um das Reich und speciell um das Land Steiermark erworben, welche Verdienste auch die Gegner theilweise anerkennen, berechtigen uns zu unbedingtem Vertrauen in Ihre Person und zur Voraussetzung, daß auch Sie nach Kräften bemüht waren, die Interessen der diesseitigen Reichshälfte vor Vergewaltigung zu bewahren. Wir fühlen uns daher verpflichtet, die Bitte zu stellen: Eure Excellenz wollen das Mandat der Städte und Märkte des Reichsraths-Wahlbezirkles Leibnitz noch ferner beibehalten.

Hierbei können wir allerdings den lebhaften Wunsch nicht unterdrücken, es wolle Ihnen gefällig sein, sich nach Schluß des Reichsrathes mit Ihren Wählern in Contact zu setzen.

Genehmigen die Versicherung höchster Achtung, mit der sich zeichnen Eurer Excellenz

ergebene Wähler.

Leibnitz im September 1876.

Rußland und der Friede.

Bestätigt sich die Meldung der „Agence Havas“, daß Rußland den Waffenstillstand abgelehnt hat, dann wird sich nicht länger in Abrede stellen lassen, daß die Situation einen äußerst kritischen Charakter angenommen hat. Die officielle Politik Rußlands, die bisher, allerdings dürftig genug, wenigstens den Schein zu wahren suchte, würde in diesem Falle ihre Tendenzen unerbittlich hervortreten und keinen Zweifel bestehen lassen, daß man in Peterburg nicht den Frieden und nicht die friedliche Schlichtung der Frage, sondern die Complication und den gewaltigen Umsturz will. So sehr auch die petersburger Diplomatie bisher alles gethan hat, um die Dinge nicht zu einer friedlichen Lösung kommen zu lassen, so hat sie doch immer den Schein der Loyalität zu wahren gewußt. Zum erstenmale geschieht es jetzt, daß Rußland, durch den geschickten türkischen Schwachzug in die Enge getrieben, die Maske fallen läßt und auch dem naivsten Auge einen Einblick in seine wahren Pläne gewährt. Fürst Gortschakoff lehnt den von der Pforte angebotenen sechsmonatlichen Waffenstillstand ab und greift auf den Vorschlag Englands bezüglich eines sechswochenentlichen Waffenstillstandes zurück. Aber das britische Cabinet scheint nicht gesonnen, für sein ehemaliges Project ins Zeug zu gehen. Lord Derby findet im Gegentheile die türkischen Waffenstillstandsvorschläge für höchst gerecht und maßvoll.

Der „Pester Lloyd“, die türkischen Bedingungen besprechend, weist gleichfalls darauf hin, daß es der russischen Regierung, wenn sie es nur ernstlich wollte, ein Leichtes wäre, die Ausflüge ihrer Unterthanen nach Serbien zu verhindern. Das leitende pester Blatt fährt dann in folgender bemerkenswerthen Weise fort:

„Der dritte Punkt der „Wünsche“ der Regierung Abdul Hamids endlich betrifft den etwas heiklen Gegenstand der Freiwilligen-Zuzüge. Wenn die Pforte alles Gewicht darauf legt, einem Zustande ein Ende gemacht zu sehen, der einen russisch-türkischen Krieg in die Formen des Krieges mit Serbien hüllt, so ist das nur vollständig begrifflich. Der Mißbrauch des rothen Kreuzes, die wahrhaft ständischen Auslegungen der genfer Convention würden selbst anderen, nicht direct beteiligten Regierungen den Anlaß darbieten können, in eine Prüfung dieser Vorgänge einzutreten. Durch die Verweigerung der Urlaube hat die russische Regierung, wenn anders diese Maßregel durchgeführt wird, einem Theile der dringendsten Beschwerden abgeholfen. Allein offenbar ist diese Verfügung nicht ausreichend. Nach Berichten von der unteren Donau dauern die russischen Zuzüge fast unverändert fort. Die nach Serbien pilgernden Freiwilligen sind mit regelmäßigen Pässen versehen, und weder die rumänische noch die österreichisch-ungarische Regierung sind in der Lage, den Mißbräuchen Einhalt zu thun. Das kann nur von der russischen Regierung selbst geschehen, und sie hat dazu die ausreichendsten Machtmittel. Sie braucht lediglich die Ertheilung von Pässen nach Serbien in gewissen Schranken zu erhalten und nur solchen Personen die Reise dahin zu gestatten, welche den Beweis liefern, daß sie sich wirklich nur im Dienste des rothen Kreuzes dahin begeben. Das wäre überall in der Welt ein Leichtes und ist es vollends in einem Lande, das dem Touristenvergnügen seiner Bürger ohnedies von vornherein nicht geringe Beschränkungen auferlegt und die Grenzpolizei mit einer Strenge handhabt, die anderwärts nur mehr zu den historischen Erinnerungen gehört.

Das würde freilich voraussetzen, daß es Rußland Ernst ist mit der Tendenz, die gegenwärtigen Verwick-

lungen im Oriente abzuschließen und zur Herbeiführung friedlicher Zustände loyal und ohne Hintergedanken mitzuwirken. Die Annahme oder die Verwerfung der türkischen Propositionen wird dafür den Maßstab der Beurtheilung darbieten. Diese Propositionen enthalten nichts, was nicht acceptabel erschiene, und nur weniges, was vielleicht der Ergänzung oder der Erläuterung bedürfen wird. Weigert sich Rußland auch jetzt noch, den Bemühungen der Pforte zur Herstellung des Friedens billige Rücksicht angedeihen zu lassen, so spricht es damit seine Selbstisolierung und wahrscheinlich nicht nur innerhalb des Drei-Kaiser-Bündnisses, sondern im ganzen politischen Systeme Europa's aus. Es eröffnet eine Politik der selbstständigen Action, welche die gesammten Beziehungen der europäischen Mächte alterieren könnte und die bisherigen Verbindungen nothwendig alterieren müßte. Daß diese Politik des Vorwärtsdrängens, der Aufrechterhaltung und Verschärfung der Complication des Orients, des Kostens auf ein undefiniertes Ziel, daß mit einem Worte eine Politik der Offensive, auch wenn sie nicht gerade unmittelbar den Krieg vor Augen hätte, mit den conservativen Prinzipien, welche den Drei-Kaiser-Bund geschaffen haben, auf die Dauer nicht zu vereinbaren wäre, bedarf keines Beweises. Der ungestümen Geltendmachung der russischen Interessen an der Steigerung der Verwicklungen müßte nothwendig die ernste Erwägung aller Gegeninteressen an ihrer Schlichtung auf dem Fuße folgen. Noch liegt es in der Hand des petersburger Cabinets, diese Eventualität zu vermeiden. Aber es muß klar und unzweideutig die bedenklichen Wege verlassen, die es in jüngster Zeit eingeschlagen. Schon verlautet von neuen Vorschlägen, neuen PreSSIONen, die es auf die europäischen Mächte, insbesondere auf Oesterreich-Ungarn auszuüben gedenkt. Es wäre sehr wünschenswerth, wenn die maßvolle Haltung der Pforte die Kette dieser Bemühungen zu durchreißen und der russischen Regierung jeden Vorwand zu einer weiteren diplomatischen Thätigkeit zu benehmen vermöchte, deren letztes Ergebnis schwerlich der Friede sein könnte."

Vom Kriegsschauplatz.

Man scheint an der Morava immer noch die Ergebnisse der Bemühungen der europäischen Diplomatie um das Zustandekommen eines Waffenstillstandes bis Ende Dezember abzuwarten. Außer schwachen Lebenszeichen durch einzelne Kanonenschüsse aus den beiderseitigen verschanzten Positionen stört nichts die Stille, welche nun seit 14 Tagen im Moravathale herrscht. Wie ein Specialcorrespondent im türkischen Hauptquartier meldet, werden in Widdin bereits Winterquartiere für einen Theil der Timokarmee hergerichtet. Dem "Standard" wird über die militärische Lage geschrieben:

"In einigen politischen Kreisen nimmt man an, daß der Krieg vorberhand thatsächlich zu Ende sei. An dieser sanguinischen Hoffnung zu participieren bin ich gänzlich außerstande. Daß eine Waffenruhe irgend einer Art, möglicherweise nach einer weiteren Schlacht an der Morava, zustande gebracht werden wird, glaube ich fest, aber alles, was unter unseren Augen vorgeht, verleitet zu der Ueberzeugung, daß der Waffenstillstand, von welcher Dauer er auch sein mag, bloß der Vorläufer eines Krieges in größerem Maßstabe ist. Es ist auch eine Möglichkeit vorhanden, daß er sich auf das asiatische Festland ausdehnt. Aus ausgezeichnete Quelle wird mir versichert, daß in und um Tiflis herum große Truppenmassen zusammengezogen werden. Der Zufluß von Russen in Serbien zeigt keine Verminderung, und es drängt sich einem die Frage auf, was mit denselben im Falle eines

plötzlichen Endes des Krieges gethan werden könnte. Ungeheure Contracte für die Lieferung von Kriegsbedürfnissen sind abgeschlossen worden; kurz, die Waffenstillstands-Unterhandlungen sind von so offenen Vorbereitungen für einen großen Krieg begleitet, daß es unmöglich ist, nicht deren Aufrichtigkeit zu bezweifeln. Vom militärischen Gesichtspunkte aus versichert mir eine competente Autorität, daß die serbische Armee Symptome unzweideutiger Besserung bekundet. Ein mehrmonatlicher Feldzug, selbst wenn er unglücklich ist, verwandelt auch die ärmlichsten Rekruten in diensttätige Soldaten, und die Russen, die sich jetzt dem General Tschernajeff zu Tausenden angeschlossen haben, bilden Cadres für seine Armee, die selbst militärische Nationen bereiden dürften. Unter deren Führung, und nachdem sie den Winter mit Uebungen zugebracht, dürfte die serbische Armee die Offensive mit sehr guter Aussicht auf Erfolg wieder aufnehmen können. Die Besetzung von Kursumlje durch Tscholat Antic ist unzweifelhaft ein wichtiger strategischer Vortheil, und es muß eingeäumt werden, daß die Serben jetzt in einer besseren Position, als die Türken stehen. Politisch sind sie der Unterstützung Rußlands gewiß, während es ziemlich klar ist, daß am grünen Tischa wie auf dem Schlachtfelde die Türkei ihre Schlächten allein zu kämpfen haben wird.

Aus Belgrad telegraphiert man der "Daily News" unterm 12. d.: "Es kommen hier täglich Massen von Russen an, und es wird eine große Schlacht erwartet. Mit den serbischen Streitkräften im Rücken und an beiden Flanken der türkischen Armee ist die Situation der letzteren kritisch, da eine Niederlage ihre totale Vernichtung zur Folge haben muß."

Der Montenegriner Peko Paulovic, der soeben die türkische Stadt Lubinje und die Dörfer der Umgegend zerstört hat, belagert jetzt Bilek, neben Trebinje der Hauptstützpunkt Mukhtar Paschas. Am 13. d., nachmittags, demselben Tage noch, an welchem Peko Paulovic mit 4000 Mann vor der kleinen Festung erschien, wurde Sachid Pascha mit 5 Bataillonen aus Trebinje zum Entsatz dorthin geschickt.

Politische Uebersicht.

Laibach, 17. Oktober.

In den letzten Tagen fanden wieder mehrere Wählerversammlungen statt, in welchen hauptsächlich der Ausgleich mit Ungarn den Gegenstand der Discussion bildete. Nach den vorliegenden Berichten haben die Abgeordneten von Linz, Vizebürgermeister Saxinger und Dr. Dürrenberger, ferner der Vertreter der Stadt Salzburg, Dr. Keil, und der Abgeordnete von Wien, Neustadt, Dr. Wedl, die der Fortschrittspartei angehören, den Ausgleich als annehmbar erklärt. Nur bezüglich der Bankfrage werden, wie in der Mehrzahl aller bisherigen Aeußerungen hierüber, die bekannten Einwendungen gegen eine Zweitheilung der Bank vorgebracht.

Bekanntlich fand heuer in der österreichischen Delegation eine lebhaftere Debatte über den Militärstellvertreterfonds statt, dessen Heranziehung zur Deckung der Kosten für die neuen Geschütze beantragt war. Dem "Pester Lloyd" wird nun aus Wien telegraphisch gemeldet, daß beiden Legislativen eine Vorlage, betreffend die Verwendung des Stellvertreterfonds, unterbreitet werden soll.

Der Finanzausschuß des ungarischen Abgeordnetenhauses begann gestern seine meritorische Thätigkeit. In Abgeordnetenkreisen glaubt man, daß die Ausschussverhandlungen einen ziemlich raschen und glatten Ver-

lauf nehmen werden und daß sich höchstens anlässlich der Bedeckung und der Ostbahn-Angelegenheit eine lebhaftere Debatte entwickeln dürfte.

Am 14. d. ist die formelle Auflösung des preussischen Abgeordnetenhauses erfolgt. Im Verlaufe der nächsten vierzehn Tage werden die Wahlmänner- und Abgeordnetenwahlen stattfinden. Es läßt sich absolut noch nicht vorherbestimmen, welcher Resultate die Parteien sich zu erfreuen haben werden. Von unerquicklichem Gekränke sind die bisherigen Wahlvorbereitungen allerdings nicht befreit geblieben.

Ein großer Theil der Mitglieder der französischen Deputiertenkammer beabsichtigt, wie der "Rappel" mittheilt, die Discussion des Budgets mit der Prüfung des Voranschlags des Ministeriums des Aeußern zu beginnen. Man will hiedurch dem Duc Decazes Gelegenheit geben, ohne zu einer speciellen Interpellation Zuflucht zu nehmen, sich über die orientalische Frage und über die Haltung, welche die französische Regierung in derselben einzunehmen gedenkt, auszusprechen. — Während die republikanischen Deputierten auf eine Interpellation Verzicht leisten wollten, um die Budget-Debatte nicht aufzuhalten, wollen die Monarchisten, und insbesondere jene des Senats, einen ganzen Feldzugsplan zum Sturze des Cabinets durch Interpellationen in Scene setzen. Insbesondere soll das Streben dieser Herren dahin gehen, Marecère mit Duffaure zu entzweien, was ihnen indessen kaum gelingen wird.

Wie aus Bagdad nach London gemeldet wird, beabsichtigen die Mohamedaner Indiens, den Tag der Proclamation der Königin Victoria zur Kaiserin von Indien besonders feierlich zu begehen, um so England ihre Dankbarkeit für den Schutz, den es dem türkischen Reiche gewährt, auszudrücken.

Die "Times" veröffentlichen den Text des türkischen Waffenstillstandsvorschlags. Der Text desselben ist gemäßig. Die Pforte bot den Waffenstillstand thatsächlich bedingungslos an und hofft nur auf den Einfluß der Mächte zur Hemmung im Zutreten der Freiwilligen. Die "Times" glauben, die Haltung Rußlands mache die Intervention gewiß, wenn die Türkei die Vorschläge der Mächte ablehne. Rußland verweigere einen sechsmonatlichen Waffenstillstand. Die Türkei würde aber unweise handeln, einen kürzeren Waffenstillstand abzulehnen. — Es hänge von Bismarck ab, die Welt von einem furchtbaren Kriege zu retten. Deutschland möge erklären, es erlaube Rußland nicht, Besitz an der Donau zu erwerben und der slavische Enthusiasmus werde gedämpft werden. Die feste Haltung Deutschlands sei die beste Friedensgarantie. Ein englisch-deutsches Bündnis zur Vornahme der nothwendigen Aenderungen in der Türkei werde Europa vor großem Unglück bewahren.

Aus Petersburg langt wieder eines der bekannten Telegramme ohne Quellenangabe ein, welches die Ablehnung des türkischen Waffenstillstandsantrages durch Rußland mit der Stimmung im russischen Publikum rechtfertigen soll. Im erwähnten Publikum betrachte man das Angebot der Pforte als einen Schachzug gegen Rußland; dasselbe biete keine Aussicht auf den Frieden, keine Garantien gegen Mißhandlung der Christen während der Waffenstillstandsfrist, es bezwecke im Gegentheil offenbar nur, diesen Garantien aus dem Wege zu gehen. Der Vorschlag der Pforte könne umsoweniger günstige Aufnahme finden, als die „abgebrauchten Redensarten“ der englischen Presse von dem Weg durch Bulgarien nach Konstantinopel, von einer Schwächung Englands und einem wiedererwarteten tiefen Mißtrauen gegen Rußland zeugen, welche die Stimmung in russischen Kreisen nur

Feuilleton.

Theater.

2. Bauermeisters einactiger Schwank "Bei Bismarck" und Schneiders Gesangs-Genrespiel "Vor Paris" (besser bekannt unter dem alten Titel "Kurmärker und Picarde") sind Producte norddeutscher Ueberschwenglichkeit in den Zeiten des Enthusiasmus. Das eine ist ein Weibhrauchsaß für den Mann „von Blut und Eisen“, das andere soll die deutsche urwüchsige Gemüthlichkeit dadurch charakterisiren, daß jeder hübschen Französin eine Ohrseige angeheimt wird. Wir sind weit entfernt, für diese Geschnackrichtung einzustehen, wollen aber mit derselben auch nicht rechten. Wir sind unbefangener genug, zu erklären, daß wir uns bei der Aufführung dieser beiden Stücke amüsierten, denn die Aufführung war eine gute.

Herr Frische copierte den Fürsten Bismarck in trefflicher Maske mit Anstand und Würde. Herr Rieger war seiner Rolle als Assessor Landauer vollkommen gewachsen und auch bei Herrn Unger (Rentier Keller) traten dessen gewöhnlichen Mängel weniger störend in den Vordergrund. — In "Vor Paris" war Frau Frische als französische Landmädchen eine liebliche Erscheinung und verjah den gesanglichen Theil mit gewohnter Anmuth und Virtuosität. Ihr Partner, der Landwehrmann Schulze, dargestellt durch Herrn Frische, amüsierte durch sein drolliges Wesen.

Nach dem Theaterzettel sollte auch das einactige Lustspiel "Russisch", von Moser, gegeben werden. "Unvorhergesehener Hindernisse" halber kam jedoch statt dessen die bekannte muntere Episode: "Wie du mir, so ich dir," oder: "Ein Glas Wasser" zur Aufführung, und das Publikum hatte keine Ursache, mit diesem Tausche unzufrieden zu sein. Frau Schubert-Barbieri entfaltete als kokette Witwe ein fein nuanciertes Spiel und wurde hiebei von Herrn Rieger in lobenswerther Weise accompagnirt. —

Der Samstagabend brachte uns eine Reprise des jüngst als Novität zum erstenmale über unsere Bretter gegangenen Sensationsstückes "Fürst Emil" von Hugo Müller. Die effectvolle, von Scene vor Scene sich steigende Mache des Stückes, sowie vor allem der interessante, wenigleich von einem gewissen theatralischen Hyperidealismus nicht ganz freizusprechende Charakter des Titelhelden verstanden es auch diesmal, die Aufmerksamkeit des ziemlich gut besuchten Hauses angenehm zu erregen und bis zum Schlusse festzuhalten. Die Aufführung des Stückes hielt sich im allgemeinen recht gut und war nur insofern von der ersten abweichend, als Fräulein Fischer (Prinzessin Melanie) zu erregt und hastig auftrat und Herr Ströhl auch diesmal zu steif für einen Gesandten war. Den Höhepunkt mächtig hervorzuheben, war vorzugsweise Sache des Herrn Director Frische, der seine dramatische Kraft und Routine empfindsam darstellte. —

Eine andere Berg'sche Posse: "Die Pfarrersköchin", füllte den Sonntagsabend aus. Das Stück ist vollstündlich gehalten, nur etwas verhängnisvoll hinauf-

geschraubt. Die Titelrolle, von Frau Zwerenz ein wenig zu effectvoll vorgeführt, zeigt uns eine ländliche Mädchengestalt, die am Bette des verwundeten Offiziers auch der Liebe pflegt. Die alte Gewohnheit Bergs, solche unmögliche Situationen zu schaffen, verdirbt leider den sonst gut ausgeführten Charakter des Stückes. Die Action des freisinnigen, biedern Landpfarrers ist das Beste in der ganzen Posse; das kameradschaftliche Verhältniß zwischen Offizier und Burtsche leidet dagegen wol etwas an Uebertriebenheit. Das Resultat der Aufführung war befriedigend. Frau Zwerenz gab ihre Rolle im ganzen recht anständig, auch Herr Zwerenz sowie die anderen Herren und Damen spielten mehr oder weniger mit großer Beflissenheit. —

Die melodienreiche Oper "Martha" vereinigte am Abend darauf fast das ganze zahlreiche Publikum zum stürmischen Applaus. Wir haben die Theateräume vorgestern mit einem gewissen Vorurtheil betreten — aber nach Beendigung der gelungenen Vorstellung vollständig befriedigt verlassen. Die edle, einheitliche Anlage und die herrlich zusammenklingenden Melodien der "Martha" haben bekanntlich die denkbar brillantesten Erfolge in aller Welt errungen. Darüber kann kein Zweifel sein, daß Flottow mit dieser Composition gleichsam bewundernde Melodien schuf. Wie unendlich lieblich das Lied "die letzte Rose" klingt, weiß jedermann. Die magische Regsamkeit in den Scenen gestaltet das ganze Werk tragisch und vollendet die Schönheit und die treffliche Harmonie in dem Grade, daß sich die Reperitoirfähigkeit der "Martha" seit langen Jahren unvermindert behauptet. Die Frische der Melodien, der heitere Sinn,

